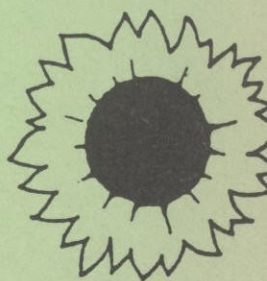


Rechtzeitig gehandelt ...



Rechtzeitig handeln !!!

BFO/GRÜNE
BÜRGER FÜR
OBER · RAMSTADT



Kommunal-Wahlprogramm 1985

Vier Jahre hat die BFO in Ober-Ramstadt parlamentarische Verantwortung mit getragen. Nun steht sie, zusammen mit den GRÜNEN, erneut zur Wahl. Vor den Sachaussagen sollte, zumindestens für einige Punkte, eine Bilanz der vergangenen vier Jahre stehen.

Wir wollten die Gesamtanlage der Hammermühle zu einem Bürgerzentrum ausbauen. Das Projekt wurde abgeschlossen und der Erfolg hat jetzt viele Väter. Wir haben uns auch dafür eingesetzt, daß die vierspurige Bundesfernstraße um Ober-Ramstadt auf eine ausreichende Umgehungsstraße reduziert wird. Aber unsere zwei Stimmen reichten nicht aus, um die Masse der Autobahn-Fans im Parlament von einer kleineren, umweltfreundlichen Lösung zu überzeugen.

Einer unserer ersten Anträge galt der getrennten Einsammlung von wiederverwertbarem Müll. Nach erheblichen Anlaufschwierigkeiten stehen nun auch in Ober-Ramstadt u.a. Container für Metall und Papier zur Verfügung. Parallel zur Müllreduzierung haben wir aber auch bisher erfolgreich verhindert, daß die Tongrube Mölter in Wembach mit Müll verfüllt wird.

Über die Notwendigkeit einer Stadtbücherei wurde lang diskutiert. 600 Ausleihen pro Woche und 700 Stammler sind wohl ein deutliches Zeichen dafür, daß die Bücherei in der Hammermühle angenommen wurde.

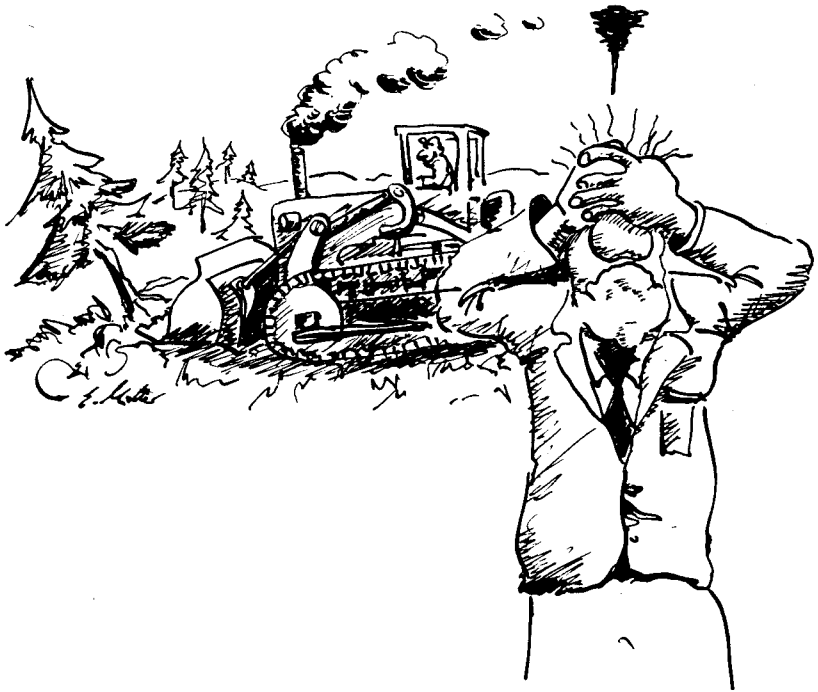
Es ließe sich noch vieles aufzählen, was wir gewollt oder nicht gewollt haben. Wir haben unsere Vorschläge hart vertreten, waren aber auch bereit, den Kompromiß zu finden. Denken Sie daran, daß alle Entscheidungen, die mit 19 zu 18 Stimmen gefallen sind, und das waren die weitaus meisten, ohne uns nicht möglich gewesen wären.

Wenn Sie unser Programm lesen, werden Sie die Grundsätze unserer Politik herauslesen können und feststellen, was uns von allen anderen Parteien unterscheidet. Dazu ein paar Stichworte:

- Vorrang der Ökologie gegenüber der Ökonomie
- Weg vom Obrigkeitsdenken, hin zu mehr Demokratie
- Stärkung der Mitbestimmung und Verantwortung des Bürgers
- Unterstützung sozial schwacher Teile unserer Gesellschaft
- Schutz unserer Landschaft und unserer Lebensgrundlagen
- Stärkung kleiner Wirtschafts- und Handelsbetriebe
- Weg vom Individual-, hin zum öffentlichen Nahverkehr

KEIN WEITERER FLÄCHENVERBRAUCH

BFO/Grüne sind der Ansicht, daß in den vergangenen Jahren in Ober-Ramstadt ausreichend Wohnbau- und Gewerbegebiete geplant und beschlossen wurden. Die zukünftigen Wohnbaugebiete umfassen eine Fläche von mehr als 35 ha. Noch mehr Flächen der Ober-Ramstädter Gemarkung zu bebauen halten wir für unnötig und falsch. Falls der gegenwärtige Flächenverbrauch fortgesetzt wird, gibt es nach Berechnungen von Fachleuten in 270 Jahren in Hessen keine unbebaute Fläche mehr. Zukünftig sollten Landschaftsschutz- und Landschaftspflege Vorrang haben.



FÖRDERUNG EINER ALTERNATIVEN LANDWIRTSCHAFT

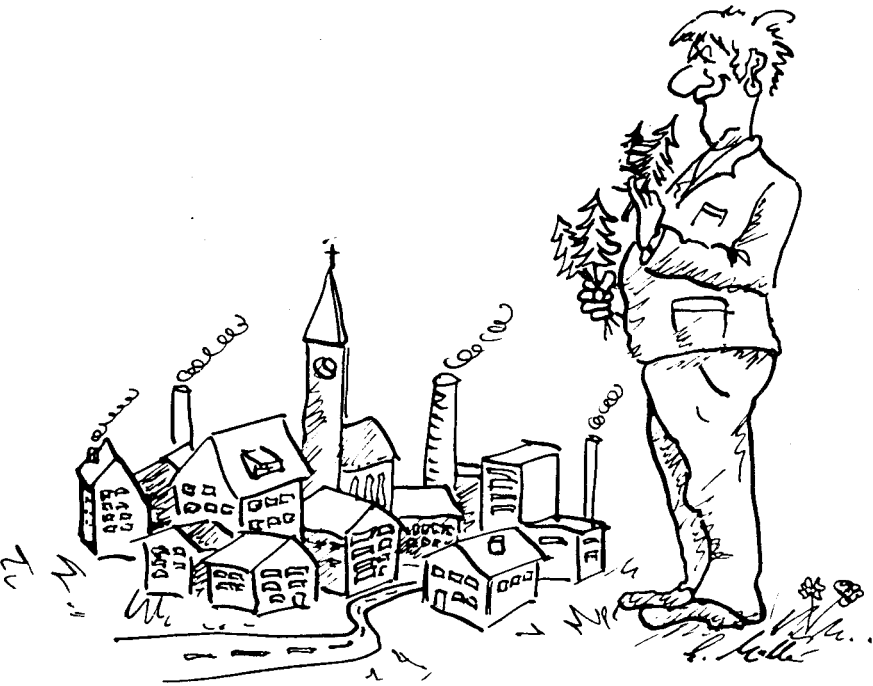
BFO/Grüne halten die gegenwärtige Agrarpolitik für völlig verfehlt. Der Zwang zur Spezialisierung und die damit verbundene enorme Steigerung der Agrarproduktion schadet den kleinen u. mittleren bäuerlichen Betrieben ebenso wie der Landschaft. Es ist völlig klar, daß langfristig nur alternative Bewirtschaftungsmethoden die Fruchtbarkeit der Böden und die Natur erhalten können. Wir setzen uns für eine nachhaltige städtische Förderung einer alternativen Landwirtschaft ein mit dem Ziel, kleine und mittlere Betriebe zu erhalten. Boden und Grundwasser sind zu schützen, die vorhandenen Ressourcen sind durch natürliche Bewirtschaftungsmethoden zu bewahren.



MEHR NATUR IN DER STADT

BFO/Grüne sehen vielfältige Möglichkeiten, die Wohn- und Lebensqualität in Ober-Ramstadt durch Schaffung natürlicher Lebensräume für Pflanzen und Tiere zu verbessern. Man kann z.B. Mauern und Außenwände vertikal begrünen, städtische Grünflächen in Naturwiesen umwandeln; Wege, Plätze und Straßen mit einheimischen Gehölzen bepflanzen.

Die Grünflächenplanungen der Bebauungspläne sollten konsequent verwirklicht werden. Insbesondere in den Industriegebieten sind verstärkt Eingrünungsmaßnahmen notwendig. Privatinitiativen für mehr naturnahe Flächen sollten von der Stadt gefördert werden.



STÄDTISCHE KOMPOSTIERUNGSANLAGE

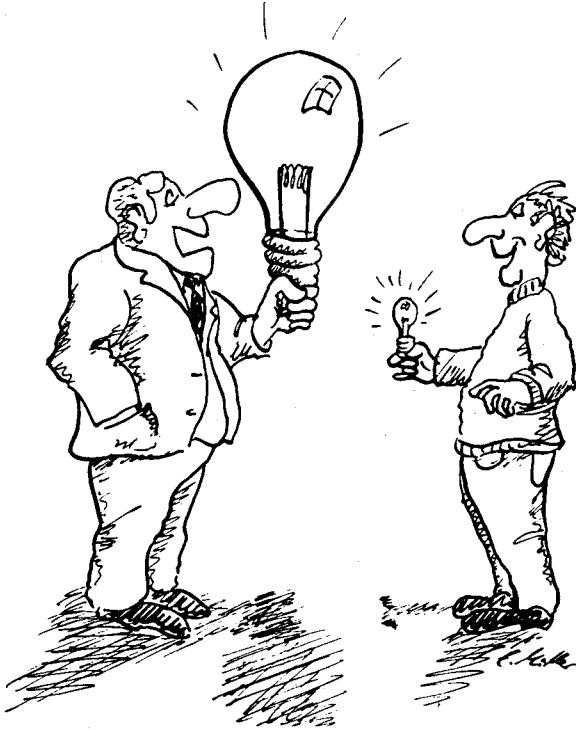
BFO/Grüne unterstützen die Aufforderung der Stadt an die privaten Grundstückseigentümer, möglichst alle organischen Abfälle im Haushalt ebenso wie die Gartenabfälle selbst zu verkompostieren. Zur Beseitigung der Restmengen fordern wir eine städtische Kompostierungsanlage, um den Transportweg nach Darmstadt einzusparen und um den fertigen Kompost den Bürgern direkt wieder zur Verfügung stellen zu können. Damit können wertvolle Deponieflächen und Torf (dessen Verwendung außerdem sinnlos ist) eingespart werden.

VERBESSERTE ABFALLWIRTSCHAFT DURCH REDUZIERUNG UND WIEDERVERWERTUNG

BFO/Grüne fordern ein neues Abfallkonzept. Dabei ist in erster Linie die entstehende Müllmenge zu reduzieren. Dies kann geschehen durch Privatkompostierung der organischen Abfälle. Die verbleibenden Restmengen der kompostierfähigen Abfälle sollten durch eine 'grüne' Mülltonne eingesammelt und in einer städtischen Kompostierungsanlage aufbereitet werden. Daneben soll die Stadt durch ständige Aufklärung der Bürger darauf hinwirken, überflüssige bzw. umweltschädliche Verpackungen wie z.B. Einwegflaschen, Getränkedosen u.ä. zu vermeiden. Bei der Wiederverwertung fordern wir die konsequente Realisierung des BFO-Antrages von 1981, in dem eine Getrenntsammlung von Wertstoffen durch spezielle Container und Sammelstellen vorgeschlagen wurde.

ENERGIESPARMABNAHMEN FÜR STÄDTISCHE GEBÄUDE

BFO/Grüne halten die in der Vergangenheit erfolgten Investitionen für Energiesparmaßnahmen bei städtischen Gebäuden für sinnvoll und notwendig. Weitere Investitionen sollten in den nächsten Jahren für Wärmeschutz und Energieeinsparung vorgenommen werden. Ebenfalls sollten alle Anstrengungen unternommen werden, städtische Gebäude an das Erdgasnetz anzuschließen.



SICHERUNG DES GRUNDWASSERS

BFO/Grüne setzen sich für einen verstärkten Schutz der städtischen Grundwasservorräte ein. Es sind verstärkte Anstrengungen notwendig, um langfristig die Trinkwasserversorgung für Ober-Ramstadt zu sichern. Insbesondere wird die Nitratbelastung des Grundwassers u.U. problematisch. Die zukünftigen Grenzwerte der Nitratbelastung erfordern einen erhöhten Augenmerk in Bezug auf die landwirtschaftliche Nutzung in Bereichen der Trinkwassergewinnung.

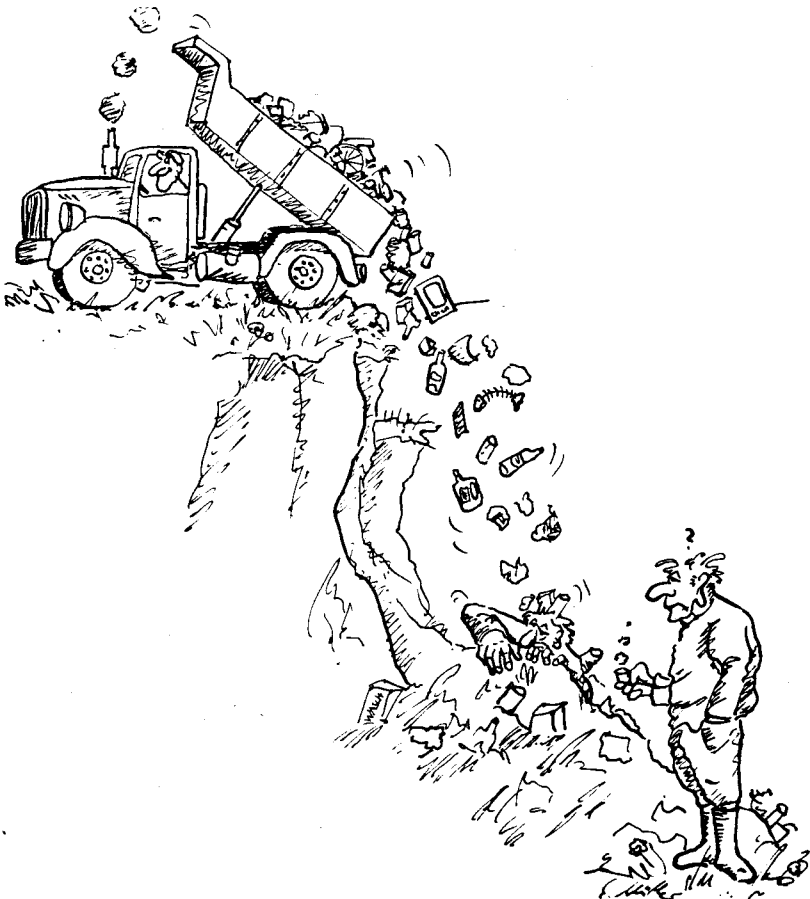
HILFEN FÜR DEN VOM WALDSTERBEN BEDROHTEN STADTWALD

BFO/Grüne fordern alle Maßnahmen, um dem bedrohten Stadtwald zu helfen. Im Vordergrund der forstwirtschaftlichen Maßnahmen muß die Erhaltung des Waldes stehen, wirtschaftliche Gesichtspunkte sind dem unterzuordnen. Wir halten eine jährliche Unterrichtung der städtischen Gremien über den Zustand des Waldes für nicht ausreichend und fordern regelmäßige Analysen und einen Maßnahmenkatalog gegen das Waldsterben.



KEINE KREISMÜLLDEPONIE IN DER TONGRUBE MÖLTER/WEMBACH

BFO/Grüne fordern ein neues Konzept der Abfallvermeidung und der Abfallbeseitigung. Wir verkennen nicht, daß letztendlich für noch verbleibende Restmengen Deponieflächen erforderlich sind. Die Tongrube Mölter halten wir jedoch als Kreismülldeponie für ungeeignet. Umweltrisiken bei Betrieb einer Mülldeponie und die unzumutbare Belästigung und Schädigung der dortigen Anwohner können selbst bei einer schwierigen Situation der kreisweiten Abfallbeseitigung nicht hingenommen werden. Es gibt andere Möglichkeiten wie z.B. die 'Dunkle Platte' in unmittelbarer Nähe, die genutzt werden sollten. Die Tongrube Mölter stellt mittlerweile einen Lebensraum für viele Pflanzen- und Tierarten dar, der von Fachleuten für unbedingt schützenswert gehalten wird.



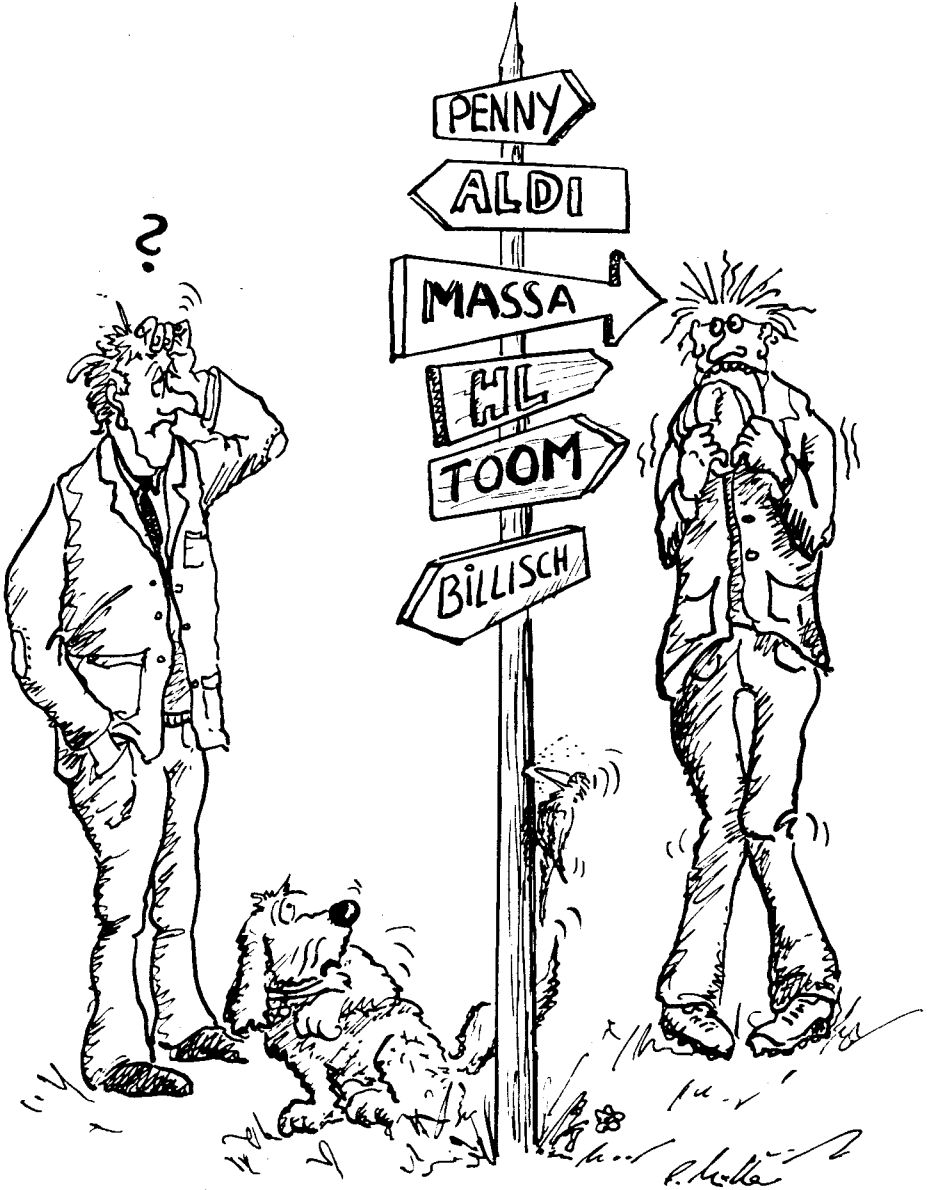
REALISIERUNG DER STADTENTWICKLUNGSPLANUNG

BFO/Grüne setzen sich für eine zügige Umsetzung des vorhandenen Konzepts der Stadtsanierung ein. Die Restaurierung der Hammermühle und die Erweiterung des Rathauses sind wichtige Meilensteine für die Innenstadtentwicklung. Beide Projekte hat die BFO entscheidend vorangebracht. Die weitere Realisierung erfordert einen intensiven Dialog mit den betroffenen Bürgern und die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen. Dazu gehören:

- die Entlastung der Innenstadt vom Durchgangs- und Schwerlastverkehr
- die Verbesserung der innerstädtischen Verkehrsbeziehungen (Eiche Anbindung und Kleinbuslinien zu den Stadtteilen)
- die Verhinderung weiterer Großmärkte

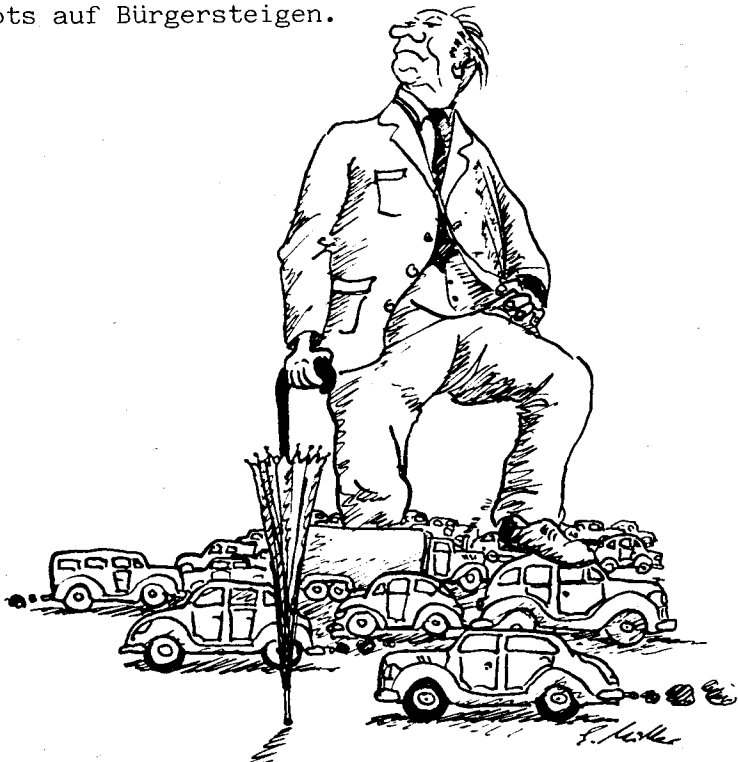
Die Entlastung der Innenstadt ist einmal durch eine (gegenüber der Amtsplanung erheblich reduzierte) Umgehungsstraße und durch die Verlagerung des MIAG-Verkehrs auf die Schiene zu erreichen. Bei der Verbesserung der 'Eiche'-Anbindung sollte die Schulwegsicherung z.B. durch einen Fußgängerüberweg über den Bahnkörper Vorrang haben.





VERKEHRSBERUHIGENDE MAßNAHMEN

BFO/Grüne unterstützen die Einrichtung von Wohn- und Spielstraßen (absoluter Vorrang für Fußgänger, kein Durchgangsverkehr, Anwohner fahren im Schrittempo), Tempobegrenzungen, tatsächliche Beachtung des Parkverbots auf Bürgersteigen.



INVESTITIONEN FÜR TRINKWASSERVERSORGUNG UND ABWASSER- ENTSORGUNG

Eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft ist die Sicherung und qualitative Verbesserung des Trinkwassers. Ober-Ramstadt bezieht ca. 50% des Trinkwassers von der Südhessischen Gas- und Wasser AG. Großversorger sind daran interessiert, stadteneigene Wasserversorgungsanlagen in ihren Besitz zu bekommen. So liegt auch der Stadt Ober-Ramstadt seit ca. 2 Jahren ein konkretes Angebot der Südhessischen Gas- und Wasser AG zum Erwerb des Wasserwerkes vor.

- BFO/Grüne sind gegen Zentralisierung in der Trinkwasserversorgung.

Wir sind gegen einen Verkauf und für die Verbesserung der Eigenversorgung. Hierzu sind nach einer jetzt vorliegenden Qualitäts- und Mischbarkeitsstudie in den nächsten Jahren einige Maßnahmen dringend erforderlich. So wird die Nutzung einiger Brunnen nur noch möglich sein, indem deren hoch nitrathaltiges mit besserem Wasser gemischt wird. Dazu werden Verbindungsleitungen zwischen den Brunnen und Hochbehälter gebaut werden müssen. Die Brunnen in den Stadtteilen dienen nur der Eigenversorgung und werden deshalb in ihrer Kapazität nicht ausgenutzt. Durch den Bau von Verbindungsleitungen würde zusätzlich Wasser zur Senkung des sehr hohen Fremdbezugsbedarfes in die Kernstadt gebracht werden. Einige Brunnen weisen stark kalkhaltiges Wasser auf, hier ist der Bau von Aufbereitungsanlagen notwendig. Zusammenfassend werden in den nächsten Jahren Investitionen von ca. 5 Mio DM geleistet werden müssen. BFO/Grüne werden sich für die Einstellung dieser Mittel in die Haushaltspläne einsetzen. Hauptsächlich im industriellen Bereich ist zu klären, wo unnötig wertvolles Trinkwasser als Brauchwasser zweckentfremdet wird. Durch den Bau von Getrenntsystemen ist Abhilfe zu schaffen.

Im Bereich der Abwasserentsorgung werden durch die in der abgelaufenen Legislaturperiode in die Wege geleiteten Bebauungspläne Kapazitätserweiterungen bestehender Anlagen notwendig. BFO/Grüne werden dieses unterstützen, sich aber besonders um die Beseitigung von Mißständen durch nicht ordnungsgemäß angeschlossene Verbraucher bemühen.

FÖRDERUNG DES DENKMALSCHUTZES

Wesentliches Kennzeichen einer Stadt sind ihre unverwechselbaren Häuser. Die Hammermühle ist jetzt ein Kennzeichen für Ober-Ramstadt, oder das Alte Rathaus, das 1732 von Johann Conrad Lichtenberg erbaut wurde. Aber nicht nur diese großen Bauwerke sind erhaltens- und pflegenswert. In der Denkmaltopografie, einem Verzeichnis schützenswerter historischer Bauten, sind mehrere Bauern-, Handwerker- und Bürgerhäuser aufgeführt, die ein anschauliches und unverwechselbares Bild der geschichtlichen Entwicklung Ober-Ramstadts geben. Diese Häuser gilt es zu erhalten. Dabei ist die Stadt auch gesetzlich verpflichtet, durch finanzielle Zuschüsse zu helfen. BfO/Grüne werden sich dafür einsetzen, daß in den zukünftigen Haushaltsansätzen verstärkt Mittel als Zuschüsse für die Restaurierung von Privathäusern eingestellt werden.



AUSLAGERUNG MIAG

Durch den Standort des Rüstungsbetriebes auf dem Gelände der MIAG wird die wünschenswerte Anbindung des Stadtteils 'Eiche' an den Stadtkern erschwert. Der betriebsbedingte Schwerlastverkehr bedeutet eine unzumutbare Belästigung der Anwohner und speziell in der Alicenstraße eine erhebliche Verkehrsgefährdung. Mittel- und langfristig ist eine Auslagerung des militärischen Betriebs anzustreben. Hierdurch würde ohne Gefährdung von Arbeitsplätzen das jetzige Firmengelände für Siedlungsprojekte und Infrastrukturvorhaben verfügbar. Die Stadt soll darauf hinwirken, daß der vorhandene Bahnanschluß genutzt wird.

FÖRDERUNG DES ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHRS

Der öffentliche Nahverkehr hat Vorrang vor dem Individualverkehr. HEAG, 'Blaue Linie' und Bundesbahn sind z.Zt. die Träger des öffentlichen Nahverkehrs. Ein klares Konzept ist nicht vorhanden. So werden einige Verbindungen parallel versorgt, die Verbindung der Stadtteile untereinander und mit der Kernstadt ist nicht ausreichend. BFO/Grüne halten eine Trennung in zwei Bereiche für notwendig:

1. Ober-Ramstadt Kernstadt - Darmstadt
mit HEAG und DB als Konzessionsträger und Streckenführung über Traisa oder Roßdorf.
2. Modau - Rohrbach - Wembach-Hahn - Kernstadt - Eiche
mit Übergabepunkten an den Bereich 1 in der Kernstadt am Rondell, Rathaus und Bahnhof. Diese Buslinien sollten von der Stadt Ober-Ramstadt als Konzessionsträger betrieben werden, entweder mit eigenen Kleinbussen oder mit einem beauftragten Busunternehmer.

Zur Verringerung des Individualverkehrsaufkommens speziell nach Darmstadt sollten an den Übergabepunkten zwischen den beiden Bereichen ausreichend und speziell ausgewiesene Parkmöglichkeiten geschaffen werden.

Dieses Konzept bietet gegenüber dem Ist-Zustand eine wesentlich bessere Flexibilität speziell im Bereich 2 durch die Stadt als Konzessionsträger. Die klare Trennung ohne doppelte Linienführung trägt wesentlich zur Übersichtlichkeit und Attraktivität des Nahverkehrssystems bei.

Das effektivste Nahverkehrsmittel ist die Straßenbahn, deshalb fordern wir, die Straßenbahn von Darmstadt weiterzuführen nach Ober-Ramstadt.

HILFEN FÜR LEHRSTELLENSUCHENDE JUGENDLICHE

Die angespannte Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt führt in zunehmendem Maße zur Arbeitslosigkeit vieler Jugendlicher und zu dem Gefühl, in dieser Gesellschaft nicht gebraucht zu werden. Appelle an Betriebe zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten reichten in der Vergangenheit nicht aus, allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu garantieren. Neben der Arbeitsverwaltung und den zuständigen Stellen muß es auch in der Verantwortung der Stadt liegen, Ober-Ramstädter Jugendlichen wirkungsvolle Hilfen bei der Suche nach Ausbildungsstellen anzubieten.

MAßNAHMEN GEGEN DIE ARBEITSLOSIGKEIT

BFO/Grüne fordern von der Stadt alle denkbaren Anstrengungen, um mitzuhelfen, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern. Unter anderem sollte geprüft werden, ob durch ABM (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) der Arbeitsämter Arbeitsplätze auf den Sektoren Umweltschutz, Sozial- und Kulturarbeit geschaffen werden können. Ziel nach Ablauf der befristeten ABM-Maßnahmen sollte die Übernahme der ABM-Kräfte sein.

STÄRKERE UNTERSTÜTZUNG DER SOZIALHILFEEMPFÄNGER

BFO/Grüne treten ein für eine stärkere kommunale Unterstützung der Hilfsbedürftigen in unserer Stadt. Immer mehr Menschen stehen zum größten Teil schuldlos abseits in unserer Wohlstandsgesellschaft. Hier ist Solidarität gefordert mit den benachteiligten Mitbürgern. Nach unserer Meinung sind städtische Mittel für z.B. zusätzliche Kleider - und Weihnachtshilfe notwendig und finanzierbar.

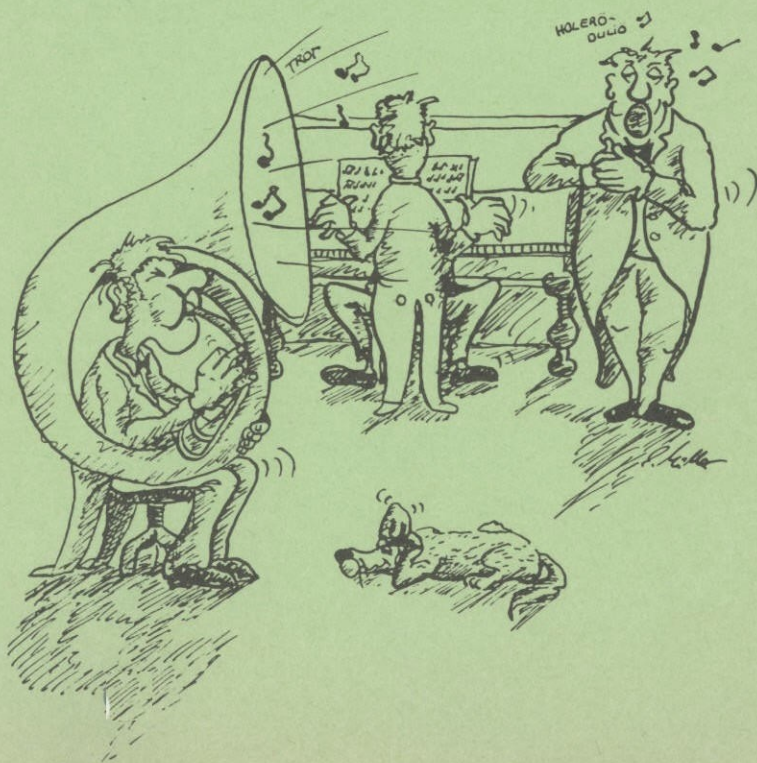
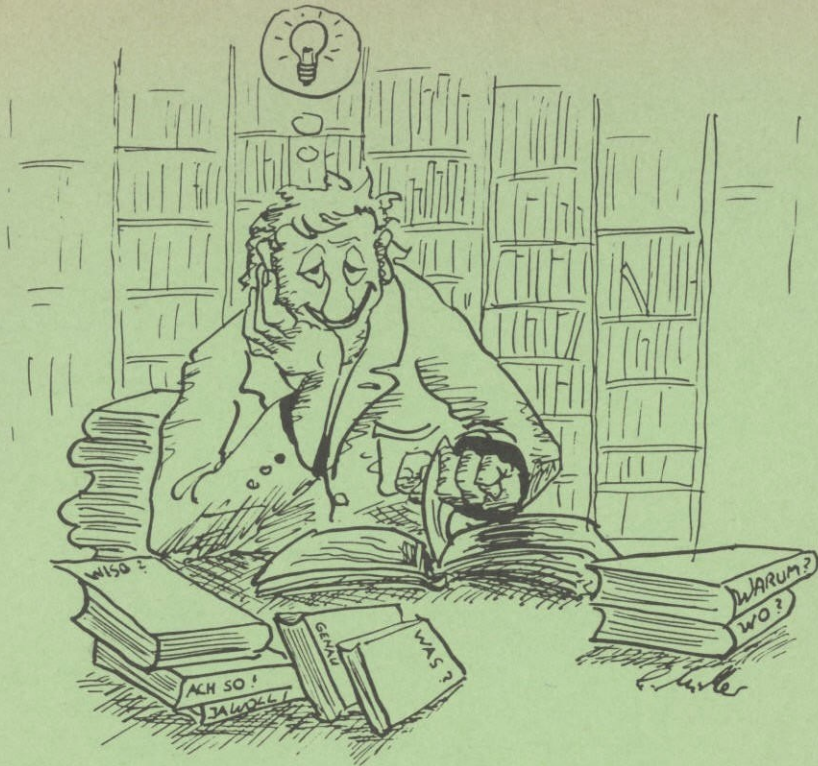


FÖRDERUNG DER ALTENARBEIT

Um alten Menschen das Verbleiben in ihrem sozialen Umfeld zu ermöglichen und damit einer Ghettobildung durch Altenwohn und -pflegeheime entgegenzuwirken, wollen wir in Zusammenarbeit mit den bestehenden Gruppierungen im Bereich Altenhilfe die Bildung einer Arbeitsgruppe 'Seniorenhilfe' anregen und fördern. Jeder alte Mensch bzw. jeder, der einen pflegebedürftigen Menschen versorgt und Hilfe benötigt, soll sich an die Arbeitsgruppe wenden können, die dann die gewünschten Dienstleistungen ausführt. Die Hilfestellung der Gruppe könnte auch Familien zugute kommen, deren Hausmütter bzw. -väter erkrankt sind.

KULTURELLES

Das kulturelle Leben einer Stadt ist vorrangig ein Spiegelbild der kulturellen Interessen ihrer Bürger der Aktivitäten der entsprechenden Vereine. BfO/Grüne werden dafür eintreten, daß die Arbeit dieser Vereine durch finanzielle Unterstützung weiterhin gefördert wird. Mit dem bürgerschaftlichen Zentrum Hammermühle ist eine zentrale Stätte für öffentliche Veranstaltungen der kulturtreibenden Vereine entstanden. Wir werden uns in den folgenden vier Jahren dafür einsetzen, daß die Alte Schule in der Darmstädter Straße renoviert wird und weiterhin für Unterricht und Übungsbetrieb der Vereine zur Verfügung steht. Die Stadt soll in Abstimmung mit den Vereinen ein erweitertes kulturelles Programm anbieten. Dazu zählen wir z.B. die Einrichtung eines 'kommunalen Kinos'. Für diese Zwecke ist die Einrichtung des Scheunensaals in der Hammermühle durch Film- und Diaprojektionsgeräte zu ergänzen. Die stark besuchte Stadtbücherei soll in den folgenden 4 Jahren auf den Sollbestand von 12000 Bänden ausgebaut werden.



WER WIR SIND

UND

WAS WIR WOLLEN

Die 'Bürger für Ober-Ramstadt' (BFO) und der Stadtverband der GRÜNEN in Ober-Ramstadt treten gemeinsam zur Kommunalwahl '85 vor die Wähler, um für eine Politik zu werben, die wir den herkömmlichen Parteien alternativ entgegensetzen können. Wir fühlen uns verbunden mit all denen, die in der neuen demokratischen Bewegung mitarbeiten:

den Natur- und Umweltschutzverbänden, den Bürgerinitiativen, der Friedens-, Menschenrechts- und Frauenbewegung.

Demokratie geht von unten los. Deshalb wollen wir politische Entscheidungen für alle durchschaubar machen und uns für die Mitbestimmung der betroffenen Bevölkerung in allen wichtigen regionalen Fragen einsetzen.

Sozialpolitik heißt für uns nicht Bevormundung, sondern Verantwortung gegenüber den Benachteiligten. Langfristig wollen wir neben der Beseitigung der Ursachen den Betroffenen die Möglichkeit zur Selbsthilfe und Selbstorganisation geben.

Ökologie und Umweltschutz heißt für uns, daß die natürlichen Reichtümer, die nur begrenzt zur Verfügung stehen, nicht zum Nutzen weniger und zum Schaden vieler verschleudert werden. Jeder Eingriff in die Natur hat Auswirkungen auf unsere Lebensbedingungen. Wir treten einer Zerstörung unserer Lebensgrundlagen entschieden entgegen und unterstützen all diejenigen, die gleiche Ziele verfolgen.

Wir wollen der Beton- und Asphaltphilosophie der anderen Parteien phantasievoll und kreativ begegnen.

Wir machen Politik nicht für 4 Jahre, sondern für unsere Kinder und Enkel!

Unsere Kandidaten (von links n. rechts):

Lieselotte Emich	Platz 1
Dieter Störger	Platz 6
Otto Weber	Platz 3
Elisabeth Müller- Klingenburg	Platz 7
Roland Maiwald	Platz 4
Wolfgang Schrecke	Platz 2
Hans-Joachim Gerstenberg	Platz 5
Klaus Keinert	Platz 10
Horst Becht	Platz 8
Elke Faul-Luers	Platz 9

